

Volker Perthes

Orientalische Promenaden

Volker Perthes

Orientalische Promenaden

Der Nahe und Mittlere Osten
im Umbruch

Siedler



Mix
Produktgruppe aus vorwiegend
bewirtschafteten Wäldern und
anderen kontrollierten Herkünften

Zert.-Nr. SGS-COC-1940
www.fsc.org
© 1996 Forest Stewardship Council

Verlagsgruppe Random House FSC-DEU-0100
Das für dieses Buch verwendete FSC-zertifizierte
Papier *EOS* liefert Salzer, St. Pölten.

Zweite Auflage

© 2006 by Siedler Verlag, München,
in der Verlagsgruppe
Random House GmbH

Schutzumschlag: Rothfos + Gabler, Hamburg
Lektorat und Satz: Ditta Ahmadi, Berlin
Reproduktionen: Mega-Satz-Service, Berlin
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck
Printed in Germany 2006
ISBN-10: 3-88680-820-3
ISBN-13: 978-3-88680-820-5

www.siedler-verlag.de

Inhalt

Einführung:

Zeitenwende im Nahen und Mittleren Osten? 7

Ägypten

Pharao und seine Gegner 13

Israel und Palästina

Schwierige Scheidung 83

Saudi-Arabien

Ein Land diskutiert mit sich selbst 165

Durchs milde Kurdistan 237

Iran

Mebr Kultur als Revolution 311

Anhang 394

Einführung

Zeitenwende im Nahen und Mittleren Osten?

DER NAHE UND MITTLERE OSTEN ist zu Beginn dieses Jahrhunderts ins Zentrum weltweiter Aufmerksamkeit gerückt, doch die Ereignisse und Entwicklungen, die die Welt und diese Region beschäftigen, scheinen von Akteuren bestimmt, die zum Teil in ganz verschiedenen zeitlichen Zusammenhängen leben und in unterschiedlichen Zeiträumen denken. Geschichte spielt auf jeden Fall immer hinein, und zwar nicht in erster Linie als eine Vergangenheit, aus der die Völker Lehren ziehen, sondern oft zur Strukturierung der politischen Gegenwart und der aktuellen Konflikte.

Unterschiedliche Zeitrechnungen gibt es in dieser Region tatsächlich: Während ich das Manuskript dieses Buches im Sommer 2005 nach unserer Zeitrechnung fertigstelle, befinden wir uns nach dem islamischen Mondkalender, der in Saudi-Arabien gilt, aber auch von zahlreichen gläubigen sunnitischen Muslimen in anderen Ländern beachtet wird, im Jahr 1426 nach der Hijra (dem Auszug des Propheten Muhammad aus Mekka). In Iran legt man dagegen das Sonnenjahr zugrunde und lebt im Jahr 1384. In Israel entspricht das dem Jahr 5765 der jüdischen Zeitrechnung. Konservative und religiöse jüdische Blätter pflegen dieses Datum vor das internationale oder »christliche« zu stellen, das im öffentlichen Leben Israels verbindlich ist. Andere Völker und Minderheiten haben noch andere Kalender, so feiern die Kurden ihr Neujahr (Newroz) zwar gemeinsam mit den Iranern, befinden sich aber bereits im Jahr 2705. Und die heute überwiegend christlichen Assyrer, Namensgeber des assyrischen Reiches in Mesopotamien (und später des davon abgeleiteten Syrien), zeigen, dass ihre Geschichte weit vor die der anderen Völker zurückreicht: Bei ihnen begann am 1. April 2005 das Jahr 6755.

Dieses Buch nimmt den Leser mit auf einen politischen Streifzug durch sechs Länder und Gebiete des Nahen und Mittleren Ostens. Wir beginnen in Ägypten, bewegen uns dann durch Israel und die palästinensischen Gebiete, besuchen Saudi-Arabien, ziehen durch Irakisch-Kurdistan und beenden die Reise in Iran. Wir erleben auf diesen »Promenaden« die ganze Vielfalt, die sprachliche, kulturelle und konfessionelle Pluralität des nah- und mittelöstlichen Mosaiks. Damit ist dies keine reine Fortsetzung meiner »Geheimen Gärten«, die ein eher systematisch angelegtes Gesamtbild der »neuen arabischen Welt« und der politisch-gesellschaftlichen Veränderungen und Herausforderungen bieten, denen die einzelnen Länder sich zu stellen haben.¹ Man kann die beiden Bücher vielmehr parallel lesen. Das hier vorliegende zeichnet das Bild der Region, ihrer Konflikte und Debatten, ihrer gesellschaftlichen Verwerfungen und Auseinandersetzungen vornehmlich, indem es die dort lebenden Menschen zu Wort kommen lässt. In den zahlreichen persönlichen und ohne große Rücksicht auf Ausgewogenheit ausgewählten Begegnungen spiegelt sich eine Gesellschaft, die nicht erst seit dem Irakkrieg im Umbruch ist.

Tatsächlich hat die von Amerika angeführte Irak-Invasion die geopolitischen Verhältnisse im Nahen und Mittleren Osten durcheinander gewirbelt. Neue Themen gelangten auf die regionale Agenda, manche Fragen wurden neu gewichtet, und die Gefahr von gewaltsamen Auseinandersetzungen hat sich erhöht. Man kann von einer geopolitischen Revolution, vielleicht sogar von einem historischen Wendepunkt in den regionalen Entwicklungen sprechen. Langjährige Stagnation ist an vielen Stellen einer Unruhe gewichen, die neue Risiken, aber auch neue Chancen birgt.

Am deutlichsten wird das im Irak. Der Krieg befreite die Iraker von der übelsten der mittelöstlichen Diktaturen, brachte ihnen aber keinen Frieden. Das Land wurde zum »sicheren Hafen« für Terroristen und wahrscheinlich zum Ausbildungslager und Exporteur eines sich religiös legitimierenden Terrorismus; seine territoriale Einheit ist gefährdet. Gleichzeitig werden hier Formen von Pluralismus, Demokratie und Selbstbestimmung eingeübt, die auch für andere Staaten in der Region modellhaft werden könnten, wenn es gelingt, sie institu-

tionell abzusichern, so dass sie nicht von Rebellion und Bürgerkrieg hinweggefegt werden.

Auch in den israelisch-palästinensischen Konflikt ist nach vier Jahren blutiger Auseinandersetzungen eine neue Dynamik gekommen. Mit dem israelischen Abzug aus dem Gazastreifen und mit dem Bau des Sperrwalls beziehungsweise der Mauer in der Westbank wurden lang gepflegte Tabus gebrochen und zugleich die politische Geographie verändert. Dies kann einen neuen, ernsthaften Friedensprozess befördern, aus dem am Ende zwei unabhängige, neben- und miteinander lebende Staaten hervorgehen; es kann aber auch bedeuten, dass lediglich die Ausgangslinien der kommenden Konfrontation festgelegt werden.

Ägypten und mehr noch Saudi-Arabien sind von dem regionalen Erdbeben, das der Irakkrieg ausgelöst hat, schwer erschüttert worden. Beide Staaten verstanden und verstehen sich als regionale Führungsmächte, aber beide waren während der Krise gegen ihren Willen in eine Zuschauerrolle gedrängt. Der Irakkrieg und die internationalen Forderungen nach Reform und Modernisierung der arabischen Welt lassen zugleich die Kritik an den inneren Verhältnissen in diesen beiden Ländern lauter werden. In tiefgehenden Reformdebatten wird hier inzwischen um den richtigen Weg in die Zukunft gestritten. Ähnliches gilt unter etwas anderen Vorzeichen auch in Iran, wo aufgrund der Enttäuschung nach einer achtjährigen Reformperiode, in der wenig erreicht wurde, ein politischer Rechtsschwenk erfolgte.

In allen Ländern versuchen einzelne Akteure, das europäische und amerikanische Drängen auf Demokratisierung und politische Modernisierung der arabischen Welt und des Mittleren Ostens zu nutzen. Andere fürchten um die Unabhängigkeit und Souveränität ihrer Länder – oder behaupten dies zumindest, um Reformforderungen aus dem Innern abzuwehren. Dabei geht es den Bürgern und Bürgerinnen dieser Länder gar nicht darum, den eigenen Staat oder dessen Autorität zu unterminieren. Ihre Forderungen und Wünsche sind politisch, aber selten revolutionär. Über allem steht das Wort »Demokratie«. Die meisten Menschen verstehen darunter aber nicht den unmittelbaren Sprung von autoritären in liberaldemokratische Verhältnisse westlichen Musters, sondern zuerst und vor allem die

Durchsetzung und die Garantie von Menschenwürde und Menschenrecht, die Eindämmung von Korruption, mehr Rechtsstaatlichkeit, die Stärkung der Rechte von Frauen, mehr Liberalität und Offenheit. Das alles sind Voraussetzungen und Elemente einer wirksamen und nachhaltigen Demokratisierung.

Der Religion – oder richtiger den religiös-politischen oder religiös gefärbten Debatten – kommt eine enorme Bedeutung bei den Auseinandersetzungen um die Zukunft der einzelnen Länder zu, durch die diese »Promenaden« führen. Diese Auseinandersetzungen finden – teils mehr, teils weniger offen – überall statt: in den religiösen Schulen und Universitäten Irans, in den islamischen Parteien und Bewegungen Ägyptens und Palästinas, innerhalb der ägyptischen Regimepartei und in der Zivilgesellschaft, im Konsultativrat sowie bei öffentlichen und halböffentlichen Diskussionen in Saudi-Arabien. Es geht dabei überall um die Verfasstheit der politischen Systeme, um Fragen der Teilhabe an politischen Entscheidungen, um Menschen- und Bürgerrechte, oft auch um das Verhältnis zu den Nachbarn in der Region, fast immer um Gewalt und den inneren wie äußeren Frieden sowie um die Haltung zum Westen.

Nicht alle diese Diskussionen sind erbaulich, und manche Diskussionspartner sind wenig erfreuliche Erscheinungen. Gerade im Streit über Terrorismus und Gewalt, über das Verhältnis zu den USA und Europa oder über Demokratie und Menschenrechte aber wird deutlich, dass es falsch ist, von einem Konflikt der Kulturen oder der Zivilisationen zu sprechen. Zutreffender wär es, von einem Konflikt *innerhalb* der Kultur oder von einer Konfliktlinie in der arabisch-muslimischen Zivilisation zu sprechen, die sich quer durch diese Welt zieht und nicht etwa »den Islam« gegen »den Westen« positioniert oder abgrenzt. Viele der gewalttätigen wie der nur – jedenfalls bislang nur – verbalen und politischen Auseinandersetzungen, die wir in dieser Region erleben, lassen sich als Teil eines stellenweise akuten, stellenweise latenten, aber wahrscheinlich noch länger andauernden Bürgerkriegs in *slow motion* verstehen. Die Kluft ist tief zwischen denen, die eine friedliche politische Veränderung, die Entwicklung offener Gesellschaften und internationale Kooperation und Integration anstreben, und jenen, die letztlich eine totalitäre Ordnung errichten

wollen und sich als Teilnehmer einer globalen, zeit- und raumübergreifenden Auseinandersetzung sehen. Dazu rechnen sie die Kreuzzüge, den westlichen Kolonialismus, die sowjetische Besetzung Afghanistans und den arabisch-israelischen Konflikt ebenso wie den Aufstand gegen die amerikanische Besatzung im Irak und die Anschläge von al-Qaida oder ähnlichen Gruppen in Saudi-Arabien, Ägypten und Indonesien, New York, Madrid und London.

Auf der anderen Seite haben wir es unmittelbar und ganz konkret mit ungelösten territorialen Konflikten zu tun, die verhandelt werden müssen. Nicht nur in Israel und den palästinensischen Gebieten, sondern auch in Kurdistan oder am Golf geht es um die politisch-geografische Bestimmung und die Kontrolle von Land und Ressourcen. Religiöse, konfessionelle und historische Überhöhungen bleiben auch da nicht aus, etwa in Kirkuk, dem – wie Kurden gern sagen – »Jerusalem Kurdistans«, oder im wirklichen Jerusalem, der heute faktisch geteilten Hauptstadt Israels und – im besten Fall – zukünftig gemeinsamen Hauptstadt zweier Staaten. Die Bemühungen um eine Regelung oder Beilegung dieser Konflikte entspringen weniger einer idealistischen Friedenssehnsucht als vielmehr der realpolitischen Erkenntnis, dass keine der Konfliktparteien die andere wirklich besiegen kann. Und sie entpringen der Suche nach »Normalität«, was vor allem für die Jugendlichen gilt, die mir zwischen Kairo und Teheran, Tel Aviv und Riad begegnet sind.

Fragen nach der eigenen Identität spielen eine große Rolle. Dazu gehört, sich abzugrenzen, was im wörtlichen Sinn zu verstehen ist, um den eigenen Platz bestimmen und die Zukunft der eigenen Gemeinschaft definieren zu können.

Radikale Positionen zu beziehen in den lokalen und regionalen Konflikten oder gar in internationalen Verhandlungen, ist übrigens keineswegs ein Privileg der Jugend. Häufig finden wir bei enttäuschten Mitgliedern älterer und mittlerer Generationen sehr viel unverständlichere Positionen. Viele der Jungen wie der Älteren machen kein Hehl daraus, dass sie wenig Vertrauen zum Westen haben. Kritische Fragen nach der Richtung und nach der Moral westlicher Politik richten sich keineswegs nur an die USA, sondern auch an die Europäer.

Die Reisen, die diesem Buch zugrunde liegen, habe ich bis zum Frühsommer 2005 unternommen. Die Übersetzungen aus Gesprächen sind meine eigenen, das Gleiche gilt, sofern nichts anderes vermerkt ist, für schriftliche Quellen. Bei Begriffen aus den Sprachen der Region habe ich mich um eine leicht verständliche Transliteration bemüht und mich bei Eigennamen in der Regel an die von den Betroffenen selbst gewählte Form gehalten.

Dank für Unterstützung gebührt vielen. Von den vielen Freunden und Bekannten in der Region, die mir zu Einsichten verholfen, Kontakte vermittelt, Wege gezeigt oder schlicht den Aufenthalt in ihren Städten angenehmer gemacht haben, seien hier stellvertretend Professor Heba Raouf Ezzet in Kairo, Dr. Ziad Abu Amr sowie Salah und Bettina Abd al-Shafi in Gaza, Professor Angelika Timm, Dr. Mark Heller und Julia Scherf in Tel Aviv, Dr. Mahdi Abd al-Hadi in Jerusalem, Dr. Muhamad Shtayyeh und Christian Sterzing in Ramallah, Dr. Thomas Schneider und Professor Khalil al-Khalil in Riad, Ibrahim Hassan in Salahadin, Dr. Kamal Fuad und Dildar Kittani in Sulaimani, Dr. Abbas Maleki, Dr. Abbas Araqchi sowie Dr. Christiane Krämer-Hus-Hus und ihre Familie in Teheran genannt.

Selbstverständlich sind alle eventuellen Fehlinterpretationen von Lage und Entwicklungen in den Ländern der Region meine eigenen. Muriel Asseburg, Ruth Ciesinger, Claudia Rolf, Eva Wegner und Nina Zolanwar danke ich für kritisches Lesen von verschiedenen Teilen des Manuskripts.

Der Fritz Thyssen Stiftung bin ich für einen großzügigen Zuschuss zu meinen Reisekosten dankbar.

Volker Perthes

Berlin, im Herbst 2005

Ägypten

Pharao und seine Gegner

ES LAG KEINESWEGS IM INTERESSE des ägyptischen Präsidenten und der ägyptischen Regierung, in der alljährlichen Rede des amerikanischen Präsidenten zur Lage der Nation erwähnt zu werden. Im Februar 2005 sprach der gerade für eine zweite Amtszeit gewählte George W. Bush Ägypten in dieser wichtigen Rede dennoch sehr direkt an: »Die große und stolze ägyptische Nation«, erklärte Bush, »die den Weg zum Frieden im Nahen Osten gezeigt hat, kann jetzt den Weg zur Demokratie im Nahen Osten zeigen.« Am selben Tag fand in Ägypten eine Pressekonferenz lokaler Menschenrechtsorganisationen statt, die gegen die Verhaftung von Ayman Nour, Abgeordneter des ägyptischen Parlaments und Vorsitzender der *Ghad*-Partei, protestierten. Nour war mit einer wenig überzeugenden Anklage vor den Haftrichter gebracht und für anderthalb Monate aus dem Verkehr gezogen worden. Beim Haftprüfungstermin erschien er mit einem orangefarbenen Schal; bei der Pressekonferenz der Menschenrechtsorganisationen stellten sich seine Anhänger mit orangefarbenen Plakaten vor die Fernsehkameras – ein Versuch, von der Revolution zu profitieren, die gerade in der Ukraine zu einem Machtwechsel geführt hatte. Ausländische Journalisten, die hier Vorboten einer Bürgerrevolution sahen, irrten sich nach Meinung des ägyptischen Redakteurs eines der vom staatlichen Medienkonzern al-Ahram herausgegebenen Blätter allerdings: »Leider. Es wäre gut, wenn so etwas passierte, aber ich sehe es nicht. Alles geschieht hier nur am oberen Rand der Gesellschaft, politische Bewegungen haben keine soziale Tiefe.«

Der Ablauf der Ereignisse war höchst bezeichnend für die politische Situation Ägyptens seit dem Irakkrieg. Das Land kann sich internationalen Entwicklungen nicht verschließen und reagiert insbe-

sondere auf Druck von Seiten der USA, von denen es jährlich etwa zwei Milliarden Dollar an Militär- und Entwicklungshilfe erhält, ausgesprochen empfindlich. Die Nation – oder diejenigen, die sie international vertreten – ist tatsächlich stolz auf ihre Vorreiterrolle in der arabischen Welt und sehr darauf bedacht, diese Position zu behaupten. Damit verbunden ist eine konstruktive und aktive Vermittlungspolitik im israelisch-palästinensischen Konflikt, die sowohl von der israelischen als auch von der palästinensischen Führung und von den internationalen Parteien, die ein Interesse am Erfolg der nahöstlichen Friedensbemühungen haben, für unentbehrlich gehalten wird. Ägypten spielt seine Rolle bewusst, mit großem Geschick und nahezu unberührt davon, dass der eigene, 1979 geschlossene Friedensvertrag mit Israel wie auch die Beziehungen Ägyptens zum jüdischen Staat ein – milde ausgedrückt – innenpolitisch sehr umstrittenes Thema darstellen. Israel gilt, wenn man dem populistischen Diskurs islamistischer und nationalistischer Kreise folgt, der sich auch in den Regierungsmedien spiegelt, noch immer als Feindstaat. Man sollte sich allerdings hüten, diese veröffentlichte Meinung für die allgemeine öffentliche Meinung zu halten.

Innenpolitisch gibt es durchaus eine Diskussion über Reform und Veränderung, und die wird zweifellos durch die internationalen Forderungen nach »arabischer Reform« befördert, auch wenn die politischen Führungseliten auf Regierungs- wie auf Oppositionsseite permanent den Eindruck zu erwecken versuchen, es gäbe keinen ausländischen Reformdruck. Wenn doch, sei er völlig wirkungslos, denn man verbitte sich solche Einmischung ganz entschieden. Ägypten wisse schließlich selbst am besten, wie viele und welche Reformen es wirksam und ohne die innere Stabilität zu gefährden einleiten und umsetzen könne. Dem Generalsekretär der Nationaldemokratischen Partei (NDP) von Präsident Husni Mubarak gelang es immerhin, nach der Bush-Rede und der Verhaftung des Abgeordneten Nour die Vertreter aller vom Staat legalisierten Oppositionsparteien zusammenzubringen und ihnen eine gemeinsame Erklärung abzurufen, in der sie sich gegen jegliche »äußere Einmischung« aussprachen und jeden Versuch, Ägypten von außen den Weg zu Reformen vorzuschreiben, zurückwiesen.

Die NDP ist eine aus der Einheitspartei Gamal Abd al-Nassers, Ägyptens Präsident von 1952 bis 1970, hervorgegangene Regimepartei. Da das Regime die Lizenzierung von Oppositionsparteien sehr selektiv erlaubt oder verwehrt, hat die NDP als Partei des Regimes ein riesengroßes, das ganze Land bis ins letzte Dorf überziehendes Patronagenetzwerk aufbauen können – ein Instrument der sozialen Kontrolle wie auch der Verbindung zwischen dem politischen Zentrum und der Bevölkerungsbasis, das Informationen, Unmut und Zustimmung, Ressourcen und Kontakte in jede gewünschte Richtung leitet. Die Oppositionsparteien haben keine entsprechenden Apparate, und der Staat sorgt notfalls mit administrativen Mitteln dafür, dass sie auch keine erhalten. Oppositionsgruppen, die zu populär zu werden drohen, legalisiert man erst gar nicht. Das trifft vor allem die Muslimbruderschaft (offiziell: Gemeinschaft der muslimischen Brüder), eine fast achtzig Jahre alte, im sozialen Milieu Ägyptens fest verwurzelte und immer noch schlagkräftige politisch-islamische Vereinigung.

Das politische System Ägyptens lässt sich als pluralistischer Autoritarismus charakterisieren, weil den gebildeten und nicht nur den einigermaßen wohlhabenden Schichten erhebliche persönliche Freiheiten, auch eine gewisse Meinungs- und Pressefreiheit, eingeräumt werden und mittlerweile sogar offene Kritik am Präsidenten und seinem Regime erlaubt ist. Gleichzeitig trägt man institutionell dafür Sorge, dass sich an den Herrschaftsverhältnissen und den politischen Mehrheiten selbst bei regelmäßig durchgeführten Wahlen nichts ändert: Der Präsident als eigentlicher Entscheidungsträger, der die Regierung einsetzt, ist bis 2005 noch stets durch ein Referendum und nicht durch eine Wahl mit echten Alternativen bestimmt worden. Über den Kandidaten für das Referendum entscheidet das Parlament mit Zweidrittelmehrheit. Da die Partei des Präsidenten bisher immer über eine solche Mehrheit verfügt hat, war die Wahl und Wiederwahl Mubaraks immer sicher.²

Dieses System, das den Mittelschichten geistige und politische Spielräume erlaubt, zeigt sich gegen die unteren Schichten zuweilen offen als Polizeistaat, der sich nicht scheut, repressive Mittel einzusetzen, um etwa organisierte Massenproteste zu verhindern. »In einer Oppositionszeitung«, sagt Hani Shukrallah, ein liberaler Kopf und bis

vor kurzem noch Chefredakteur der englischsprachigen, vergleichsweise liberalen *al-Abram Weekly*, »kann man viel über das Regime, auch über den Präsidenten schreiben. Sagte man das Gleiche vor einem Fabrikator, würde das zur unmittelbaren Festnahme des Redners führen.« Nicht von ungefähr hat Ägypten noch keine unabhängigen Gewerkschaften, sondern einen Gewerkschaftsverband sowjetischen Typs, eine Arbeiterverwaltung also, die vor allem die Interessen der staatlichen Industrie verteidigt. Wenn in den politisch-intellektuellen Zirkeln, bei Oppositionsparteien oder Menschenrechtsorganisationen und natürlich im Umfeld ausländischer Botschaften intensiv über politische Reformen, insbesondere die Notwendigkeit, die autoritär-präsidentielle Verfassung zu ändern, diskutiert wird, ist ein erster wichtiger Schritt getan, aber man sollte nicht übersehen, dass diese Debatten letztlich nur eine Minderheit, im Wesentlichen die politische, intellektuelle und kulturelle Elite, beschäftigt.

Die Mehrheit der Bevölkerung erwartet nach allen Umfragen und auch nach Erfahrungen, die man selber machen kann, etwas anderes: Für sechzig Prozent der Befragten haben Armutsbekämpfung, der Kampf gegen die Korruption und eine Verbesserung des Bildungswesens Priorität – alles zweifellos politische Themen –, die Einführung demokratischer Normen und Praktiken halten sie dagegen für weniger dringlich.³ Reformer innerhalb des Staatsapparats richten ihr Augenmerk daher in erster Linie auf die Aufrechterhaltung und Verbesserung staatlicher sozialer Leistungen – Wohnungsbau, geregelte Trinkwasserversorgung, eine intakte Kanalisation – und bemühen sich um wirtschaftliches Wachstum und Arbeitsplätze. Die wirtschaftlichen Zuwächse müssten aber deutlich über den Wachstumsraten der Bevölkerung liegen, wenn landesweit die Lebensverhältnisse verbessert werden sollen. Das jährliche Durchschnittseinkommen liegt bei weniger als tausendvierhundert Dollar, und selbst wenn wir vom Doppelten ausgehen, weil Statistiken in Entwicklungsländern die reale Wirtschaftsleistung fast immer unterschätzen, ist das nicht viel. Zudem ist das Einkommen im Land ausgesprochen ungleich verteilt. Vielleicht drei Prozent der Bevölkerung können sich einen Lebensstandard leisten, der dem durchschnittlichen Standard in Westeuropa entspricht, ein noch kleinerer Teil verfügt über kaum vorstellbaren

Reichtum; die Mehrheit aber muss mit dem Durchschnittseinkommen oder weniger auskommen.

Ägypten ist ein Land mit fast 75 Millionen Einwohnern, zu denen nach Angaben des statistischen Amtes jährlich rund 1,3 Millionen Menschen hinzukommen. Damit steigt die Zahl der Erwerbsfähigen, für die Arbeit zu beschaffen ist, jedes Jahr um knapp fünfhunderttausend. Öffentliche und private Arbeitgeber schaffen es immerhin, sechzig bis achtzig Prozent dieser jungen Leute aufzunehmen, der Rest muss mit marginalen, unregulierten Arbeiten ein Auskommen finden. All das beeinflusst das Verhältnis von Politik und Gesellschaft unmittelbar. Bei Parlamentswahlen ist oft der gute Kontakt des Kandidaten zur staatlichen Führung wichtiger als das Programm, das er vertritt; ein Oppositionskandidat kann noch so gute Konzepte vortragen, wenn er keine Patronage in Kairo hat, sind seine Chancen gering, denn er hat wenig zu bieten: keine Zugänge zu staatlichen Stellen, keine Jobs im öffentlichen Sektor. Deshalb schließen sich selbst änderungsfreudige, aufstrebende Politiker eher der Regimepartei an, als sich um den Aufbau politischer Alternativen zu bemühen.

Oppositionsarbeit ist nicht sehr attraktiv, solange die Opposition auf absehbare Zeit keine Chance hat, auf friedlichem Wege an die Macht zu kommen. Das System kooptiert immer wieder die klugen, pragmatischen Köpfe, die darüber ihren Frieden mit den herrschenden Verhältnissen machen, und lässt die Opposition im Wesentlichen als einen Tummelplatz von Dogmatikern erscheinen, die kaum eine Alternative zu Regierung und Regime darstellen. Wer sich dieser Rollenverteilung verweigert, sich also weder unter den großen Schirm des Regimes stellen noch Opposition in den schrillen, populistischen Tönen der Islamisten und Nationalisten machen will, hat die größten Schwierigkeiten.

Die Kooptierung reformerischer Kräfte in die Regierung ist auf Dauer aber wohl nicht ausreichend. »Wir haben zum ersten Mal Minister«, sagt Abd al-Monem Said, der Chef des al-Ahram-Zentrums für Strategische und Politische Studien, der wichtigsten Denkfabrik Ägyptens, »die zugeben, dass es Probleme gibt.« Man hat einige wirtschaftliche Reformen auf den Weg gebracht, doch vieles steht noch aus. Die Inflation ist einigermaßen unter Kontrolle; einige Hinder-

nisse für lokale Unternehmer und ausländisches Kapital sind abgebaut worden. Ein Team um Gamal Mubarak, den gut ausgebildeten Sohn des Staatspräsidenten, hat sich vorgenommen, das Land aus dem Kern des Regimes heraus auf einen Reformkurs zu bringen, bei dem Wirtschaft, Finanzen und Bildung im Vordergrund stehen. Das Team ist politisch nicht blind, es weiß, dass man politischen Wettbewerb auch um wichtige Staatsämter zulassen muss. Ohne dies werden die wirtschaftlichen Reformen das Land nicht aus der drückenden Atmosphäre der Stagnation befreien, die trotz der demonstrativen Energie, die das Umfeld des Präsidentensohns ausstrahlt, auf dem Land lastet. Zu oft haben die Ägypter schon gehört, dass die neue Regierung nun wirklich eine Reformregierung sei. Viele warten deshalb auf deutlichere Signale oder hoffen gar auf die Ära nach dem 1928 geborenen Präsidenten Mubarak. Der Diskussionsprozess um die politische Zukunft des Landes ist jedenfalls in vollem Gange.

Der Ausgang des Experiments, weitgehende Veränderungen von innen heraus auf den Weg zu bringen, ist offen, der Erfolg keineswegs garantiert. Ernsthafter Widerstand gegen diese Reformen kommt allerdings nicht von der Opposition, sondern ebenfalls aus dem Kern des politisch-administrativen Systems: Die Bürokratie, die in Jahrzehnten der Staatswirtschaft durch die automatische Übernahme jedes Hochschulabgängers aufgebläht wurde, hat Angst vor allem, was nach Marktwirtschaft riecht. Das Sicherheitsestablishment, die Spitzen des Militärs und der Geheimdienste unterstützen zwar eine vorsichtige wirtschaftliche Öffnung, bekämpfen jedoch jede ernsthafte politische Liberalisierung. Sie sind skeptisch und befürchten, dass die Reformen, die der Präsidentensohn und seine Mitarbeiter auf den Weg bringen wollen, zu weit gehen oder außer Kontrolle geraten könnten oder dass Gamal Mubarak, der aus seinen Sympathien für die USA und amerikanisches Wirtschaftsdenken keinen Hehl macht, gar das Land »an die Amerikaner verkaufen« könnte. Die jungen Reformer ihrerseits sind vorsichtig und achten darauf, so formuliert es jedenfalls einer der engsten Mitarbeiter Gamal Mubaraks, »dem Sicherheitsestablishment nicht auf die Zehen zu treten«.

Letztlich wartet man in allen wichtigen politischen Fragen darauf, dass der alternde Präsident selbst ein Machtwort spricht und die

Dinge entscheidet. Kaum jemand bestreitet, dass das, was die Ägypter ihre »pharaonische Tradition« nennen, die politische Kultur bestimmt: Das Volk beobachtet – und spekuliert –, was an der Spitze geschieht, erwartet aber, dass letztlich Pharao allein die weisen Entscheidungen trifft. Wie immer diese auch ausfallen, es wird sie am Ende hinnehmen. Ob Mubarak entscheidet, seinen Sohn zu inthronisieren, ob er einen Vizepräsidenten aus dem Sicherheitsestablishment ernennt, der bei seinem Tod seine Nachfolge antritt, oder ob er für die Zeit nach dem Ende seiner Ära eine Einschränkung der quasi-absoluten Vollmachten des Präsidenten auf den Weg bringt – die Bevölkerung wie die politischen und militärischen Eliten würden jede dieser Entscheidungen wohl akzeptieren. Vorerst aber steht der Präsident für den Status quo, für die Fortsetzung des Bewährten, wozu zumindest in den letzten zweihundert Jahren ägyptischer Geschichte hin und wieder auch Reformansätze aus dem Kern des Herrschaftsapparats selbst gehört haben.

Kritik aus den USA und aus anderen befreundeten Staaten hört man indes nicht gern. Nur drei Wochen nach der Rede Bushs vom Februar 2005 zündete Präsident Mubarak daher eine kleine politische Bombe, indem er bei einer Ansprache in der Universität von Menufiya, seiner Heimatstadt im Nildelta, seinen sorgfältig ausgesuchten Zuhörern ohne jede Vorwarnung mitteilte, dass er, der Präsident, das Parlament auffordern werde, die Verfassung insoweit zu ändern, dass bei den kommenden Präsidentschaftswahlen mehrere Kandidaten antreten könnten. Mit dieser Ankündigung erwies sich Mubarak wieder einmal als gerissener Meister des politischen Spiels, denn er überraschte nicht nur die Öffentlichkeit, sondern nahm auch der Opposition den Wind aus den sich gerade blähenden Segeln. Der Oppositionspresse blieb kaum etwas anderes übrig, als die Entscheidung zu loben. Die Regierungszeitungen betonten, dass dieser wichtige Schritt Ägyptens zur wahren Demokratie allein das Ergebnis des internen politischen Dialogs sei und nichts, rein gar nichts mit ausländischem Druck zu tun habe. Dass die Verfassungsänderung Mubarak immer noch eine haushohe Mehrheit garantieren würde, da nur die kleinen Parteien Gegenkandidaten ins Feld schicken durften und unabhängige Kandidaten sowie die verbotene, aber populäre Muslim-

bruderschaft faktisch ausgeschlossen blieben, fiel dabei kaum ins Gewicht, hatte aber aus Regierungssicht den zweifellos förderlichen Effekt, Zwietracht unter den Oppositionsgruppen zu säen: Einige unterstützten im Parlament die vorgeschlagene Änderung und die Wiederwahl des Präsidenten, andere erklärten sie zur Farce. In Ägypten kursierte bald der Witz, eine der vielen Bedingungen für die Zulassung als Präsidentschaftskandidat sei eine mehrjährige Berufserfahrung im höchsten Staatsamt. Mubarak gewann die Präsidentschaftswahl im September dementsprechend mit wenig überraschenden 88,6 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Tatsächlich stellt eine Auswahl unter mehreren Kandidaten einen Schritt zu mehr demokratischer Teilhabe dar. Seine Wirkung wird dies aber wahrscheinlich erst in der Nach-Husni-Mubarak-Ära entfalten. Noch dominiert der seit 1981 amtierende Präsident die Politik seines Landes und stützt sich dabei auf eine politische Kultur, die tatsächlich seit pharaonischer Zeit durch zentralistische Regierungsführung geprägt ist: Gutes wie Schlechtes, jede grundlegende Veränderung, das jedenfalls ist die Erfahrung von Generationen, kommt von »oben« und aus der Hauptstadt – niemand würde etwas anderes erwarten. Das heißt aber durchaus nicht, dass Ägyptens Gesellschaft ihrer politischen Führung blind folgen würde oder gar gleichgeschaltet ist, vielmehr ist sie lebhaft, offen und toleriert auch Andersdenkende.

Ägypten ist ein überwiegend muslimisches Land. Die große Mehrheit der Ägypter ist fromm, und diese Frömmigkeit wird auch gern demonstriert – nicht zuletzt durch äußerliche Zeichen wie Kopftuch und Schleier, Barttracht oder den *zabib al-salat*, den Gebetsfleck, wörtlich die Gebetsrosine: eine Vernarbung auf der männlichen Stirn, die man pflegt und gern auch vergrößert, um zu zeigen, wie häufig und heftig der Gezeichnete beim Beten mit der Stirn auf den Teppich schlägt. Ägypten ist das Mutterland des modernen – mit der kulturellen und politischen Moderne entstandenen – islamischen Fundamentalismus, der sich hier seit den zwanziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts nicht zuletzt in Gestalt der Muslimbruderschaft organisiert. Ableger oder ideologisch ähnlich gelagerte Bewegungen, die sich die Bruderschaft zum Vorbild nehmen, finden sich heute in

fast allen arabischen und in manchen nichtarabischen muslimischen Staaten.⁴

Die religiöse Strenge und Ausschließlichkeit des saudi-arabischen Wahhabismus ist dem Land aber fremd. In den letzten Jahrzehnten – vor allem bis zum Beginn der achtziger, dann wieder in den neunziger Jahren und noch einmal im Jahre 2005 – überrollten Wellen terroristischer Gewalt das Land. In den Achtzigern zogen manche der selbst ernannten Krieger für die islamische Sache nach Afghanistan, Anfang der Neunziger, als die Mujahidin die russischen Besatzer vertrieben hatten, kehrten sie nach Ägypten zurück und mit ihnen die kriegerischen Erfahrungen und die Bereitschaft zum bewaffneten Jihad. Zwischen 1992 und 1997 bildete der Anschlag auf den Hatschepsut-Tempel bei Luxor den blutigen Höhepunkt der Gewalt, und Beobachter sprachen von einem »Krieg« zwischen Staat und terroristischen Gruppen. Der Staat reagierte auf diese Bedrohung mit äußerst repressiven und letztlich überlegenen Mitteln. Angesichts ihrer Niederlage sagten sich die wichtigsten der gewaltbereiten islamistischen Gruppen Ende der neunziger Jahre vom bewaffneten Kampf los.

Eine breite gesellschaftliche Unterstützung haben die Anschläge auf Politiker, Polizisten und ausländische Touristen in Ägypten nie gefunden, und so sind die radikalen Islamisten nicht nur militärisch, sondern auch politisch gescheitert. Einzelne Ultraradikale, darunter der durch seine Gewaltorientierung berühmte Arzt Ayman al-Zawahiri, blieben jedoch mit Usama bin Laden und der al-Qaida im Untergrund. Zawahiri und Bin Laden dürften auch jene Gruppen inspiriert haben, die 2005 mit blutigen Anschlägen auf internationale Hotels die innere Sicherheit des Landes in Frage stellten.

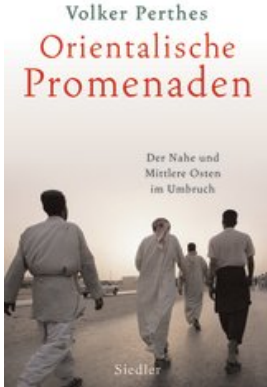
Zahlreiche Mitglieder der einst militanten Gruppen sitzen noch immer in den Gefängnissen, die meisten versuchten aber, sich wieder in die Gesellschaft zu integrieren.⁵ Die Gewaltphase der neunziger Jahre gilt heute allgemein als Bruch, als Abweichung vom ägyptischen Weg. In Ägypten folgt man ohnehin eher dem Prinzip, leben und leben zu lassen, und sucht nach Möglichkeit ein Auskommen zu finden, das den gesellschaftlichen Frieden nicht gefährdet. Von Reform wird überall gesprochen, aber nach radikalen Umbrüchen steht nur einer kleinen Minderheit der Sinn.

Kairo: die Stadt, der Müll und das Leben

KAIRO IST VERMUTLICH die schmutzigste Hauptstadt des Vorderen Orients. Was immer verstauben kann, verstaubt, was immer verfallen kann, verfällt, und wo immer Platz ist für Müll, häuft sich welcher an. Das gilt selbst für die Pyramiden. Eine, so schreibt eine Tageszeitung, sei kurz vor dem Einsturz, weil man sich nicht gekümmert habe, sie gegen Wassereinbrüche zu schützen. Aber die Pyramiden haben ja auch wirklich schon lange gestanden.

In Kairo nehmen die Probleme Ägyptens im beständigen Kreislauf von öffentlicher Finanzknappheit, privater Armut, hohem Bevölkerungswachstum und offenbarem Desinteresse der politischen Eliten am Wohl der Bevölkerungsmehrheit zu. So verkommen einstmals bürgerliche Viertel oder solche der Mittelschicht, wenn die Reichen in neue und noch luxuriösere Hochhäuser entlang dem Nil oder außerhalb Groß-Kairos ziehen, zu dem, was man hier ein »populäres« Viertel nennt. Rund um die Stadt wachsen geplant und ungeplant Ansiedlungen, die Zuwanderer vom Lande und neue Generationen von Armen aus den traditionellen Stadtvierteln aufnehmen. In diesen spontan und wild gebauten Vierteln fehlt es am Allernötigsten wie Trinkwasser und Kanalisation. Der Staat hat, das lässt sich nicht übersehen, viel für den Ausbau der Infrastruktur getan, für Verkehrswege wie für die Kanalisation, und er hat der Stadt damit den immer wieder vorhergesagten Infarkt erspart. Dieses Perpetuum mobile von Zuwachs und Verfall zum Stillstand zu bringen, würde auch so manche europäische Kommunalverwaltung überfordern.

Auf fast jede Straße, jedes Gebäude und jede Institution in Downtown passt die Beschreibung: »hat bessere Zeiten gesehen«. Journalisten und Literaten, Angestellte und Beamte treffen sich in Restaurants und Cafés, die schon in den vierziger, fünfziger oder sechziger Jahren einen guten Namen hatten. Aber heute ist das Geld knapp, und so wird der Gast im »Groppi«, einem Kaffeehaus mit Konditorei, das eine wahre Institution der ägyptischen Hauptstadt ist, per Aushang freundlich darauf hingewiesen, dass der Aufenthalt an einen Verzehr im Wert von mindestens acht ägyptischen Pfund – das ist etwas mehr als ein Euro – gebunden ist. Trinkgelder sitzen nicht mehr



Volker Perthes

Orientalische Promenaden

Der Nahe und Mittlere Osten im Umbruch

Gebundenes Buch, Leinen mit Schutzumschlag, 400 Seiten,
13,5 x 21,5 cm
ISBN: 978-3-88680-820-5

Siedler

Erscheinungstermin: Februar 2006

Volker Perthes nimmt den Leser mit auf eine Reise durch ausgewählte Länder des Nahen und Mittleren Ostens. Er schildert die sozialen und politischen Realitäten dieses Krisengebiets und zeigt, welche teils bedrohlichen, teils hoffnungsvoll stimmenden Veränderungen sich an diesem Brennpunkt der internationalen Politik abzeichnen.

Der Nahe und Mittlere Osten steht zu Beginn des 21. Jahrhunderts wie nie zuvor im Zentrum weltweiter Aufmerksamkeit. Volker Perthes schildert die politische, kulturelle und konfessionelle Vielfalt dieser Region. Sein Buch zeichnet ein Bild der Debatten und gesellschaftlichen Verwerfungen in Saudi-Arabien, Ägypten, Kurdistan, Israel und Palästina sowie im Iran, indem es die Menschen dieser Länder selbst zu Wort kommen lässt.

Die amerikanisch geführte Irak-Invasion hat die Verhältnisse im Nahen und Mittleren Osten durcheinander gewirbelt. Man kann von einer geopolitischen Revolution und einem historischen Wendepunkt für die regionalen Entwicklungen sprechen. Langjähriger Stillstand ist vielerorts einer Unruhe gewichen, die neue Risiken, aber auch neue Chancen birgt.

In der Auseinandersetzung um die Zukunft der einzelnen Länder, durch die Perthes'

»Promenaden« führen, kommt dem Spannungsverhältnis von Religion und Politik eine zentrale Bedeutung zu. Gerade im Streit über Terrorismus und Gewalt, über das Verhältnis zu den USA und Europa oder über Demokratie und Menschenrechte wird aber deutlich, dass es falsch wäre, von einem Kampf der Kulturen zu sprechen: Es handelt sich vielmehr um Konflikte innerhalb der arabisch-muslimischen Kultur.

Volker Perthes ist Direktor der Stiftung für Wissenschaft und Politik und ein gefragter Nahost-Fachmann.